



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

61. Sitzung (öffentlich)

14. Oktober 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

hier: **"Abschiebung des Islamisten Kaplan"**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Justizministeriums und des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

- 2 Gesetz zur Neuordnung des Landesdisziplinarrechtes (LDiszNOG)** 7
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/5220 und 13/5345
Zuschrift 13/4012
- Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss den Änderungsanträgen zu.
- Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksachen 13/5220 und 13/5345 unter Einbeziehung der Änderungsanträge zu.
- Berichterstatter: Jürgen Jentsch (SPD)
- 3 Aches Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Aches Besoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)** 9
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5958
- Der Ausschuss kommt überein, an der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss nachrichtlich teilzunehmen und in der Sitzung am 18. November 2004 über diesen Gesetzentwurf zu beraten.
- 4 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)** 10
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5987
- Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Gesetzentwurf schriftliche Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände und anderen von diesem Gesetz Betroffenen einzuholen.

5 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4564

Vorlagen 13/2727 und 13/2877

Ausschussprotokoll 13/1218

Zuschriften 13/3260/, 13/3853, 13/3886, 13/3907, 13/3909, 13/3910,
13/3913, 13/3920 - 3922, 13/3925 - 13/3927, 13/3932 Neudruck, 13/3938,
13/3943, 13/3945 und 13/4053

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Schule und Weiterbildung, den Gesetzentwurf abzulehnen.

6 Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG) 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5952

In Verbindung damit:

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4692

Vorlage 13/2528

Zuschriften 13/3621, 13/3644 und 13/3878

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Thema schriftliche Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände, der Landesdatenschutzbeauftragten, der Präsidentin des Landesrechnungshofs sowie von weiteren von den Fraktionen zu benennenden Betroffenen einzuholen.

- 7 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren** 13
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5945

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Antrages.

- 8 Systematisch-zielgerichtete Belästigungen und Verfolgungen (Stalking) bestrafen - Hessische Bundesratsinitiative unterstützen** 16
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5944

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Antrag abzulehnen.

- 9 Mehr Hilfe für die Opfer von Straftaten anbieten** 16
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5806

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Antrag abzulehnen.

- 10 Ausweitung der Zulässigkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf Bauleitpläne** 17
Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5719 -Neudruck

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und CDU-Fraktion sowie gegen die Stimmen der FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Kommunalpolitik, den Antrag abzulehnen.

11 Strafvollzug in NRW - Mauer mit 1000 Löchern? 18

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5729

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Antrag abzulehnen.

12 Petition 13/14198 21

Vorlage 13/2985

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

13 Umstände des Todes eines jungen Asylsuchenden in der Abschiebehaft Büren am 27.09.2004

Bericht der Landesregierung

24

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Justizministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, der Gesetzentwurf sei am 23. September 2004 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. Dieser plane eine öffentliche Anhörung für Dienstag, den 16. November 2004, und bitte um Benennung von Sachverständigen und eine Nachricht darüber, wie sich der Innenausschuss beteiligen wolle, nämlich nachrichtliche Einladung oder gemeinsame Pflichtsitzung.

Theo Kruse (CDU) plädiert dafür, im Rahmen einer Pflichtsitzung an der Anhörung teilzunehmen, da der Innenausschuss in vielen Bereichen von diesem Bereich unmittelbar tangiert sei.

Jürgen Jentsch (SPD) schlägt vor, nachrichtlich beteiligt zu werden. Insofern bliebe es jedem selbst überlassen, an der Anhörung teilzunehmen. Des Weiteren rege er an, dieses Thema wieder auf die Tagesordnung der Sitzung am 18. November 2004 zu setzen. - **Monika Düker (GRÜNE)** schließt sich dem Vorschlag des Abgeordneten Jürgen Jentsch (SPD) an. Eine zügige Beratung im Innenausschuss halte sie schon deshalb für geboten, da der federführende Ausschuss am 25. November abschließend beraten und abstimmen wolle. - Der **Ausschuss** kommt entsprechend überein.

4 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5987

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, die Überweisung an den Innenausschuss - federführend- sei durch Plenarbeschluss vom 7. Oktober 2004 erfolgt. Zur Mitberatung seien der Ausschuss für Kommunalpolitik, der Medienausschuss, der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Kulturausschuss bestimmt worden.

Jürgen Jentsch (SPD) schlägt vor, die kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme und die mitberatenden Ausschüsse um Vorlage ihrer Voten bis zum 2. Dezember 2004 zu bitten.

Dr. Robert Orth (FDP) verweist auf die Bedeutung des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen, bei dessen Beratung man sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen sollte, und regt zu diesem Thema ein Expertengespräch an.

Vorsitzender Klaus Stallmann ist der Auffassung, dass es ausreiche, sich über dieses Thema schriftlich informieren zu lassen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich seiner Meinung nach bei dem Gesetzentwurf der Landesregierung um eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes handele. Darüber hinaus halte auch er es für geboten, diesen Gesetzentwurf zeitnah zu verabschieden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens weist darauf hin, dass die Landesregierung eine Anhörung zu dem in Rede stehenden Gesetzentwurf durchgeführt habe, bei der festgestellt worden sei, dass dieser Gesetzentwurf bei allen stiftungsrelevanten Verbänden auf Zustimmung stoße. Darüber hinaus seien die dort vorgetragenen Anregungen weitestgehend in den Gesetzentwurf eingeflossen.

Dr. Hans-Joachim Franke (CDU) schließt sich den Ausführungen des Innenministers an. Er, Abg. Franke, habe viele Jahre lang mit dazu beigetragen, dass sehr viele Stiftungen gegründet worden seien. In der praktischen Durchführung sei man jedoch oft auf erhebliche Probleme gestoßen. Auch er vertrete die Auffassung, dass der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung eine große Erleichterung bedeute. Vor dem Hintergrund, dass derzeit viele Gemeindestiftungen gemeinnütziger Art gegründet werden sollten, halte auch er eine zügige Umsetzung für geboten.

Monika Düker (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Franke (CDU) an. Ziel ihrer Fraktion sei es, den Gesetzentwurf im Dezember zu verabschieden.

Vorsitzender Klaus Stallmann schlägt vor, eine schriftliche Stellungnahme nicht nur der kommunalen Spitzenverbände, sondern auch anderer Beteiligter einzuholen. - **Dr. Robert Orth (FDP)** schließt sich dem Vorschlag des Vorsitzenden an. - Der **Ausschuss** kommt entsprechend überein.

5 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4564

Vorlagen 13/2727 und 13/2877

Ausschussprotokoll 13/1218

Zuschriften 13/3260/, 13/3853, 13/3886, 13/3907, 13/3909, 13/3910, 13/3913,
13/3920 - 3922, 13/3925 - 13/3927, 13/3932 Neudruck, 13/3938, 13/3943,
13/3945 und 13/4053

Abschluss der Mitberatung

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, in der letzten Sitzung habe die SPD-Fraktion Beratungsbedarf zu diesem Thema angemeldet. Daher sei der Abschluss der Mitberatung vertagt worden.